

Stellungnahme des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes (NWoFG) und dem Entwurf einer Neufassung der Verordnung zur Durchführung des Niedersächsischen Wohnraum- und Wohnquartierfördergesetzes (DVO-NWoFG)

Stand: Mai 2024

Herausgeber:

DGB Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Str. 1

30159 Hannover

verantwortlich:

Johannes Grabbe, Abteilungsleiter Wirtschaft, Umwelt, Europa

Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

- IG Bauen-Agrar-Umwelt
- IG Bergbau, Chemie, Energie
- EVG - Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- IG Metall
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
- Gewerkschaft der Polizei
- ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Niedersachsen und seine Mitgliedsgewerkschaften bedanken sich für die Gelegenheit, zu den Entwürfen zur Änderung des NWoFG und der DVO-NWoFG Stellung zu nehmen.

Als DGB begrüßen wir grundsätzlich das Ansinnen, die im NWoFG festgelegten Einkommensgrenzen angesichts der Einkommens- und Preisentwicklungen anzupassen. Vor dem Hintergrund der mangelnden Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums auch im mittleren Preissegment macht die Ausweitung der Zielgruppe der sozialen Wohnraumförderung in jedem Fall Sinn. Aus Sicht des DGB wäre es auch sinnvoll, diese Grenzen regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen und nicht nur alle 14 Jahre.

Wir geben allerdings gleichzeitig dabei zu bedenken, dass mit der Ausweitung der Zielgruppe nicht gleichzeitig eine Ausweitung des Angebots einhergeht. In Niedersachsen ist bezahlbarer Wohnraum vielerorts knapp, dies gilt auch für das Angebot an Sozialwohnungen. Ende 2022 wurden landesweit nur noch 52.600 von ihnen gezählt. Innerhalb von etwas mehr als zwanzig Jahren hat sich ihr Bestand um 60 Prozent reduziert (Vgl. NBank 2023). Eine aktuelle Studie des Pestel Instituts ergibt, dass in Niedersachsen 108.000 Sozialwohnungen fehlen (Vgl. Pestel Institut 2024). Bereits jetzt haben wesentlich mehr Haushalte eine Berechtigung als die tatsächliche Möglichkeit, eine Sozialwohnung zu beziehen. Dieses Missverhältnis wird sich durch die Ausweitung der Zielgruppe noch vergrößern und kann nur durch die Vergrößerung des

Bestands an Sozialwohnungen aufgelöst werden. Vor diesem Hintergrund spricht sich der DGB für Initiativen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Aktivitäten zum Ausbau des Bestands von Sozialwohnungen aus.